NRW ist für Förderung muslimischer Wohlfahrtsverbände offen

3. Mai 2019



Düsseldorf (KNA) Einer finanziellen Förderung muslimischer Wohlfahrtsverbände steht die nordrhein- westfälische Landesregierung offen gegenüber. Sollten Moscheevereine gemeinnützige Wohlfahrtsorganisationen gründen, würde die Landesregierung Gespräche über deren finanzielle Förderung „ergebnisoffen“ führen, erklärte NRW-Integrationsminister Joachim Stamp (FDP) am Donnerstag auf eine Anfrage der SPD-Opposition. Dies gelte vor allem, wenn sich solche muslimischen Vereine zu einer vergleichbaren Trägerstruktur wie die Freie Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen zusammenschließen würden. Qualifizierungs-, Beratungs- und Steuerungsaufgaben eines neuen Spitzenverbandes könnten mit Landesgeldern gefördert werden.

Stamp betonte, dass die bisherigen Mitgliedsorganisationen der Freien Wohlfahrtspflege „mit unterschiedlicher weltanschaulicher und religiöser Prägung“ allesamt gemeinnützig im Sozialleistungssektor tätig seien. Die Spitzenorganisationen erfüllten koordinierende, organisatorische und qualitätssichernde Aufgaben und erhielten dafür Landesmittel. Die Landesregierung hatte vor wenigen Wochen angekündigt, dass sie mit den muslimischen Verbänden über die Gründung von Wohlfahrtsverbänden in den Dialog treten wolle.

Bereits 2014 hatte der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU) der Deutschen Islam Konferenz die Aufgabe zugewiesen, an der Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbanes zu arbeiten. Als erstes Ergebnis waren 2015 in den Städten Köln und Wuppertal zwei Qualifizierungsprojekte gestartet worden, um vorhandene Ansätze sozialer Arbeit in Moscheegemeinden auszubauen und zu verbessern. Stamp erklärte, dass beide Projekte 2018 „erfolgreich beendet“ und wissenschaftlich ausgewertet worden seien.

(KNA – tkpkm-89-00197)

Stand: 13. November 2026